

"Das Soziale neu denken"

oder: Wie müsste eine moderne deutsche Gesellschaft aussehen?

Vortrag anlässlich des Treffens des Erzbischofs von Köln, Joachim Kardinal Meisner, mit Professorinnen und Professoren der Düsseldorfer Hochschulen in der Katholischen Hochschulgemeinde in Düsseldorf¹

Di., 07. Juni 2005

von Alfons Labisch, Düsseldorf

0. "Kapitalismus", die politische Klasse und die wirklichen Probleme Deutschlands - zur Einführung

Das Wort "Kapitalismus" war über Jahre aus der Mode geraten - jetzt feiert es fröhlich Urständ. Allerdings: Wer genauer hinschaut, reibt sich die Augen. Statt Sozioökonomie Vergleiche aus der Biologie, statt flammender Aufrufe - etwa: "Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" - ein laues "Weiter So!". "Münze statt Marx" - das kann nicht gut gehen. Und die Wahlkampfmanager bekamen in den Umfragen, die Politiker in den Wahlen prompt die Quittung.

Wer heute etwas über die Lage und über langfristige Reformperspektiven in Deutschland lernen will, landet auf kurz oder lang bei der Denkschrift "Das Soziale neu denken" der Deutschen Bischofskonferenz. Diese Schrift - am 12. Dezember 2003 veröffentlicht - blieb zwar in der Öffentlichkeit unbemerkt.² Aber eines gilt es festzuhalten: wer heute Neues und Profundes über die Zukunft der deutschen Gesellschaft erfahren möchte, hat sich nicht an die politischen Parteien, sondern an die Kirchen zu wenden. Verkehrte Welt auch in Fragen Bildung: Wer hier eine profunde Analyse vor und jenseits der Hektik des PISA-Schocks lesen will, sei auf die Denkschrift "Maße des Menschlichen" des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland ebenfalls aus dem Jahr 2003 verwiesen.³

Dies festzustellen, macht weniger traurig als böse, wenn nicht gar wütend. Die politische Klasse Deutschlands gibt ihre Zukunftsvisionen nicht preis: Denn diese sind in den "Think-Tanks" vorhanden. Wie aus vertrauten Kreisen zu hören ist, liegen entsprechende Papiere - etwa in der Friedrich-Ebert-Stiftung - seit Jahren vor. Aber niemand traut sich, diese öffentlich zu diskutieren. Denn auf der Stelle würden

keineswegs nur das Wahlvolk, sondern die bewirtschafteten Klientele und deren Funktionäre die Gefolgschaft aufkündigen. Wie heisst es so schön: der Politiker schaut auf die nächste Wahl, der Staatsmann auf die nächste Generation. Dieses Wort lässt Böses ahnen. Die politische Klasse dieses Landes verweigert die Wahrheit, die politische Führung hat intellektuell abgedankt. Politikverdrossenheit ist die Folge. Diejenigen, die gestalten wollen, ziehen sich zurück oder gehen ins Ausland. Und mit dem Unwort "Heuschrecken" wird keineswegs nur Kapital aus dem Land getrieben; es werden diejenigen vergrault, die in diesem Land wirtschaftliche Verantwortung tragen. An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich die Vertreter der Düsseldorfer Unternehmerschaft grüssen, die ebenfalls zum heutigen Abend eingeladen sind.

Wie könnte die Aufgabe "Das Soziale neu denken" angegangen werden, ohne einerseits in die Tretmühle sozialgesetzgeberischer Quisquilien abzugleiten und ohne andererseits das Papier der Bischofskonferenz zu referieren. Mir geht es darum, einen anderen Standort zu finden, um aus dieser anderen Perspektive heraus zu beurteilen, was in Deutschland geschieht. Und für eine derartige Aufgabe bietet Karl Marx, schliesslich einer der bedeutenden deutschen Philosophen des 19. Jahrhunderts, tatsächlich einiges theoretisches Rüstzeug.

1. Historische Entwicklungslinien des deutschen Sozialstaats

Das Modell des deutschen Sozialstaats gründet auf der Befriedungspolitik, mit der Bismarck seit den 1880er Jahren die politisierte Industriearbeiterschaft in das neu gegründete Deutsche Reich zu integrieren trachtete.⁴ Allerdings wollte der ultra-konservative Bismarck den "dritten Stand" keineswegs gleichberechtigt in die Gesellschaft einbinden. Vielmehr sollten die Arbeiter, so Bismarcks ursprünglicher Plan, über eine Staatsrente - bezahlt aus dem Tabakmonopol - an den Staat gebunden werden. "Das Soziale neu zu denken" bedeutete für Bismarck also keineswegs zunächst, Armen zu helfen. Seine Frage war vielmehr: Wie kann eine nationalstaatlich neu gegründete und durch die neue industrielle Produktionsweise tief gespaltene Gesellschaft zusammengeführt und auf Dauer zusammengehalten werden?

Die Grundzüge des heutigen Sozialstaatsmodells wurden unter der Hand von Bismarcks Ministerialbeamten, in erster Linie von Theodor Lohmann, einem entschiedenen Gegner Bismarcks, durchgesetzt. Die Bindung an ein rechtlich verfasstes Arbeitsverhältnis, den Gedanken unmittelbar gelebter Solidarität und das Modell der Selbstverwaltung übernahm Lohmann aus der freikirchlichen Gemeinde Hannovers: die Grundidee war die Verantwortung aller Beteiligten in der Form der gemeinschaftlichen Selbstorganisation. Ziel war demnach, soziale Bindungen durch Interessengemeinschaft in unmittelbarer persönlicher Begegnung herzustellen. Soziale Teilhabe wurde über Arbeit - und zwar über industrielle Lohnarbeit - definiert.

Unterhalb der leitenden Prinzipien Arbeit, Solidarität und Selbstverwaltung wirkten einige Grundannahmen: als nicht hinterfragter Regelfall galt die ausgeglichene Bevölkerungspyramide, in der sich die meisten Menschen männlichen Geschlechts in einem geregelten Arbeitsverhältnis befanden - und zwar von 14 bis 70 Jahren und damit für die meiste Zeit ihre produktiven Lebens. Ebenso nicht hinterfragt wurde die Familie als primäre Lebensgemeinschaft. Die geschlechterspezifische Arbeitsteilung galt als (gott-)gegeben. Eben deshalb kam die nicht erwerbstätige Ehefrau in der Sozialversicherung zunächst überhaupt nicht, dann nur abgeleitet über den Versicherungsstatus ihres Ehemannes vor. Mutterschaft, Mütter und Kinder waren bis in die 1930er Jahre hinein kein Gegenstand der gesetzlichen Sozialversicherung. Jenseits der männlichen Industriearbeiter in regulären Arbeitsverhältnissen klaffte also eine weite medizinische und soziale Lücke, die die sozialdemokratische Arbeiterbewegung seinerzeit heftig gegen die Sozialgesetze protestieren liess.

Auf den Grundprinzipien der Bismarck-Lohmannschen Sozialversicherung aufbauend ist dieses Modell in den 1950er Jahren in Westdeutschland zu einem umfassenden Rechts- und Sozialstaat ausgebaut worden. Im Gedanken einer zwar "klassenlosen", dafür aber "formierten" Wohlstandsgesellschaft - so seinerzeit Ludwig Erhard - wurde der Sozialstaatsgedanke auf der Basis eines geregelten Arbeitsverhältnisses tendenziell auf die ganze Bevölkerung ausgedehnt. Die gänzlich anders konstruierte Sozialhilfe galt lediglich als letzte Hilfsmöglichkeit in einem umfassend auszubauenden sozialen Leistungssystem. Als volkswirtschaftliche Mechanik dieses Gesellschaftsmodells wurde am 10. Mai 1967 das "Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft" (StWG) verabschiedet.

Mit der Steuerung von Wirtschaftswachstum, Aussenhandelsbilanz und Geldwertstabilität - bekanntlich die volkswirtschaftliche Quadratur des Zirkels - sollte der Regelkreis geschaffen werden, um das soziale Sicherungssystem auf Dauer finanzieren und umfassend ausbauen zu können.

Mit Beginn der sozialliberalen Koalition wurden 1970 die Schleusen geöffnet, die sozialen Sicherungssysteme umfassend auszugestalten (Bundes-Arbeitsminister Walter Arendt vs. Bundes-Finanzminister Alex Möller: Rücktritt 13. Mai 1971). In diesem Prozess hat es der Staat nicht nur übernommen, elementare Lebensrisiken politisch zu kanalisieren, sondern sämtliche Lebensrisiken umfassend abzusichern. Christoph Sachsse, ein Theoretiker und Historiker des Sozialstaats, schlussfolgert:⁵

"Moderne Staatlichkeit hat sich in mehreren Stufen herausgebildet. Ihre Abfolge kann als Prozeß der 'Inklusion', der systematischen Einbeziehung tendenziell aller Bevölkerungsgruppen in das Leistungssystem der Politik verstanden werden (...) (sc.: So; A.L.) vollzog sich eine folgenreiche Erweiterung von Staatszielen und Staatstätigkeit. Der Staat übernahm die Verantwortung für das Wohlergehen seiner Bürger und setzte damit eine Eigendynamik permanenter Ausdehnung der Staatstätigkeit frei. (...)

Der Staat wird tendenziell zum 'Generalagenten der Lebenszufriedenheit'".

Das bereits in den 1860er Jahren von Adolph Wagner formulierte Gesetz "wachsender Ausdehnung der öffentlichen, insbesondere der Staatstätigkeiten" kulminiert seit den 1980er Jahren im Versuch, die Gesellschaft bis in ihre Mikro-Strukturen hinein durch staatliche Eingriffe regulieren zu wollen.⁶

Im Laufe dieser Entwicklung geriet das Wirtschaftswachstum zum "Schlicht-Keynesianismus" nach dem Motto: "Nur das Geld ist gut, das durch die öffentliche Hand fließt". Vor dem Fetisch staatlicher Transferleistungen türmt sich heute das Opfer eines gigantischen Schuldenberges auf. Die explizite Verschuldung der öffentlichen Haushalte Deutschlands beläuft sich derzeit auf ca. 1.400 Milliarden Euro (etwa 36 T€ je Einwohner), die implizite Verschuldung - die sämtliche Ansprüche aus der Sozialversicherung hochrechnet - auf insgesamt 7.000 Milliarden Euro (das 28fache des Bundeshaushaltes).

2. Produktionsweise und Produktionsverhältnisse nationalstaatlich-industrieller und global-industrieller Gesellschaften

Nach diesen wenigen historischen Strichen zu den Entwicklungslinien des deutschen Sozialstaats sei nunmehr der Blick auf die zivilisatorischen Prozesse der jüngeren Zeit gerichtet. Die wissenschaftlich-technische Naturbeherrschung, die zur Industrialisierung führte, ist eine Zivilisationsschwelle. Als Mittler zwischen Menschen und Natur traten seit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts Naturwissenschaften und Technik. Die Produktion von Kraft wurde von Tieren, Menschen und wenigen Naturkräften (z.B.: Wasser- oder Wind-Mühlen) in Maschinen verlagert. So wurden Kraft und Produktivität insgesamt in bis dahin ungeahnte Dimensionen gesteigert. Gesellschaftliche Voraussetzung war, Maschinen und Menschen zusammenzuführen. Die Folge waren die grossen Industrieagglomerationen, unter denen das Ruhrgebiet weltweit als Archetyp gelten kann. Die Menschen mussten aus einer vormals agrarischen, d.h. auf einen Jahreszyklus und auf die Natur ausgerichteten Lebensorientierung in ein neues, am Arbeitstag und an Maschinen ausgerichtetes Leben eingeführt werden. An die Stelle der Jahreszeiten trat die Fabrik-Sirene.

Die materiale Grundlage der global-industriellen Moderne ist ein neuerlich gewandeltes Verhältnis von Mensch und Natur. Das Zeitalter der sog. Globalisierung beruht auf einer neuen Produktionsweise: aufbauend auf den Leistungen der Industrialisierung können nun über Kraft hinaus algorithmische, demnächst wohl auch heuristische Denkleistungen in Maschinen in bis dahin ungeahnte Dimensionen gesteigert werden. Diese neue Produktionsweise führt ebenfalls zu völlig geänderten Produktionsverhältnissen. Die Welt wird zu einer wissensbasierten Informationsgesellschaft. Wissen wird zum Produktionsfaktor, Information zur Schlüsseltechnologie. Informationen sind weltweit zeitgleich verfügbar. Auf diesem Weg flottieren auch riesige Kapitalien frei über den Globus. An die Stelle des persönlich verantwortlichen Unternehmers - der Schreckfigur des 19. und frühen 20. Jahrhunderts - sind anonyme (Fonds-)Manager getreten. Art, Form und nationale bzw. internationale Organisation der Arbeit werden völlig geändert. An die Stelle der industriellen, üblicherweise nationalstaatlichen Konzentration der vorhergehenden Kulturperiode tritt nun die weltweite Diversifikation von Kapital, Arbeit und Konsum.

Für die Menschen bedeuten die neuen Arbeits- und Lebensformen eine wachsende räumliche und soziale Mobilität. In der Arbeit tritt an die Stelle einer von aussen vorgegebenen Positionsdisziplin die aufgabengesteuerte Funktionsdisziplin. Ein gutes Beispiel ist der Schritt vom Fließband zu heutigen Produktionsformen. Sich stets wiederholende Tätigkeiten werden heute von Robotern ausgeführt: Lager und Werkshallen sind menschenleer. Menschliche Arbeit wird zur Steuer-Arbeit - auf höherem Ausbildungsniveau mit höherer Verantwortung und völlig anderen Voraussetzungen und Belastungen. Zumindest in den fortgeschrittenen Industrieländern wird soziale Disziplin in einem bislang nicht gekanntem Umfang und Ausmass in die Menschen hineinverlagert. Zugleich werden im globalen Austausch die Anforderungen an elementare Grundfertigkeiten - Sprache, Medien, Selbstkontrolle, soziale Kompetenz etc. - auf internationale Standards hoch geschraubt. Im Arbeits- und Alltagsleben wächst der Anspruch an Kommunikationsfähigkeiten und Kommunikationsleistungen ständig. Die Armbanduhr löste schon vor Jahrzehnten die Fabriksirene ab. Heutzutage hat jeder einen multifunktionalen "Timer". Damit wächst der Anspruch an die ebenso voraussehbare wie jederzeit verfügbare psychische, mentale und soziale und damit letztlich neu gewichtete Form körperlicher Leistungsfähigkeit.

Soziale Teilnahme überhaupt, in Sonderheit Arbeit bedeutet immer weniger den Einsatz von (körperlicher) Kraft als einen völlig anderen Anspruch an kommunikative Leistungsfähigkeit auf hohem qualitativen Niveau. Hier liegt einer der Gründe dafür, dass seit einigen Jahrzehnten Frauen in leitende Positionen einrücken - wenngleich Deutschland im internationalen Vergleich auch in diesem Modernitäts-Parameter weit zurück fällt. Die fachliche Kompetenz ist ständig den immer neuen technischen Gegebenheiten anzupassen: Ausbildung, allgemeine Bildung, lebenslanges Lernen sind die Forderungen der Zeit. Eben hier setzt das Bildungssystem ein - von völlig neu zu konzipierenden Schulen bis hin zu ebenso neu zu konzipierenden Universitäten. Die akademische Weiter- und Fortbildung wird zu einem elementaren Auftrag.

Über den national-staatlichen Rahmen hinaus wird Arbeit in der globalen, wissensbasierten Informationsgesellschaft neu verteilt: Idee, Entwurf, Planung, Fertigung und Distribution finden weltweit statt.

In den Fertigungsländern, vornehmlich in Fernost, wird unter frühindustriellen Bedingungen "malocht": das "Manchester" der globalen Industrialisierung liegt in den Steuer-Oasen Indonesiens, auf den Philippinen, jetzt im Staatskonzern China. In den letzten Jahren wird auch hoch qualifizierte Steuerarbeit ausgelagert - nach Indien und zunehmend nach China. "Out-Sourcing" und "Off-Shoring" kosten in Deutschland viele Arbeitsplätze, um sie andernorts in anderer Form neu einzurichten. Zwar wird jüngst von "In-Shoring" gesprochen. Aber wie viel und vor allem welche Art von Arbeit bleibt in Deutschland? Das ist keineswegs nur eine wirtschaftspolitische Frage, sondern eine Frage, die sich unmittelbar auf das Menschenbild unserer Gesellschaft auswirkt. Welche Arbeit wird es bei uns geben? Welche Qualifikationen werden die Menschen für ein produktives Leben brauchen? Was geschieht mit denjenigen, die diesen neuen Anforderungen nicht gewachsen sind? Wie ist das Soziale zu denken, um diesen absehbaren Prozessen gerecht zu werden?

3. Welches Licht werfen die historische und die systematische Analyse auf "das Soziale" in Deutschland

Unter diesen historischen und systematischen Vorgaben erscheint das deutsche Sozialstaatsmodell in einem besonderen Licht. Das wesentliche und überdauernde Konstruktionsmerkmal des deutschen Sozialstaats ist, soziale Teilhabe an Arbeit zu binden. Ein "Normalarbeitsverhältnis" nationalstaatlich-industriegesellschaftlicher Prägung hat aber unter den Vorgaben einer globalen Wissensgesellschaft keine Grundlagen mehr - und zwar weder in der Arbeit noch in der Gesellschaft noch im persönlichen Verhalten. Gleichzeitig sind auch die sozialen Grundlagen des deutschen Sozialstaates nicht mehr gegeben: sei es die demographische Grundlage einer ausgeglichenen Altersstruktur, sei es die Familie als ebenso normale wie normative Lebensform, sei es die geschlechterspezifische Arbeitsteilung.

Sozialpolitik ist Gesellschaftspolitik. Moderne Sozialpolitik ist ein wesentliches, in einer offenen Gesellschaft möglicherweise sogar das entscheidende Mittel, Macht auszuüben und Herrschaft zu legitimieren. Hier liegt der Anreiz, auch jenseits wachsender Staatstätigkeit ständig feinere Regulierungen zu schaffen.

Sozialpolitische Klientensysteme sind Teilnehmer eines Regelkreises, mit dessen Existenz auch ihre eigene Existenz zur Diskussion gestellt wird. In Sonderheit die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung insgesamt, aber in demselben Masse auch ihre Verhandlungspartner von Unternehmerseite sind in ihrer Daseinsberechtigung getroffen. Jeder profitiert: Denken Sie an Personalpolitik über Früh-Berentungsmodelle! Korporatismus und Verteilungspolitik, Bedenkenträger und "Veto-Player" - hier liegt einer der wesentlichen Gründe dafür, dass sich in Deutschland seit Jahrzehnten nichts bewegt. Ein Beispiel sind die sog. "Reformen" im Gesundheitswesen - seit 1977 sind es ungefähr 240, darunter eine Reihe von "Jahrhundert-Gesetzen". Die Versuche, dieses System zu retten, führt mittlerweile zu den absurdesten Umwegen - die "Disease-Management-Programme", an sich ein guter Gedanke, aber völlig bürokratisiert, sind nur einer davon. Statt sich mit Patienten zu beschäftigen, beschäftigen sich Ärzte heute mit Formularen.

Seit annähernd 30 Jahren werden die historischen und sozialen Grundlagen des deutschen Modells eines Rechts- und Sozialstaats analysiert. Ebenso lange sind - zumindest in Fachkreisen - die notwendigen Konsequenzen bekannt. Die entsprechenden Modelle liegen durchkalkuliert zur Entscheidung vor. Einige dieser keineswegs konfessionell gebundenen Fachleute stehen übrigens hinter der Denkschrift der deutschen Bischofskonferenz.⁷ Gleichzeitig verharren nicht nur die Nutznießer, sondern auch die Betreiber dieses Systems in Bewegungslosigkeit. Die Misere unserer Sozialsysteme liegt keineswegs bei denjenigen "armen" Menschen, die ihre Lebensperspektive auf Transferleistungen ausgerichtet haben - und die sich genauso systemkonform verhalten wie Vorstände oder Aufsichtsräte. Die Misere unserer Sozialsysteme beruht vor allem darauf, dass der Gedanke der Solidarität nicht mehr gemeinschaftlich gelebt wird - wie es das ursprüngliche Modell der Sozialversicherung auch vorsah. Von einer gemeinschaftlichen Verantwortung kann aber in einer Situation nicht mehr die Rede sein, in der das Einkommen immer grösserer Kreise der Bevölkerung - seien sie nun Nutzniesser oder seien sie Anbieter - aus Transferleistungen stammt und über anonyme Grossorganisationen abgewickelt wird. Aus dieser Sicht ist das Wort "Solidarität" in den letzten Jahrzehnten zu einem Unwort verkommen. Gleichzeitig fällt das sozialisatorische Moment von Arbeit und sozialer Teilhabe fort. Solidarleistungen sind als anspruchsgarantierte Transferleistungen zu einem scheinbaren Naturrecht

verkommen. Hier kommt der Vorwurf des Missbrauchs mit stets aufwendigeren und letztlich vergeblichen Kontrollen auf. Damit ist grundsätzlich in Zweifel zu stellen, ob der aktuelle Sozialstaat als sozialintegratives Element des deutschen Gesellschaftsmodells überhaupt noch tragen kann.

Angesichts eines hoch komplexen und - wie etwa die Technologie des Internet zeigt - gleichsam selbsttätig voranschreitenden weltweiten Zivilisationsschubes in die globale Wissensgesellschaft versinkt Deutschland in einer Stagflation (!) teils obrigkeitlicher teils verbandlicher Regelungswut: die Entbürokratisierungskommission streicht 100 alte Verordnungen, die Regierung erlässt in derselben Zeit 300 neue! Die historische Analogie zum regungslosen Ständestaat des alten Reiches im Ausgang des 18. Jahrhundert eröffnet interessante Perspektiven. Wer - zum Beispiel - sind die 'pauper', wer sind die 'labouring poor' heute? Statt die Schwarzarbeit als tätige Kritik am System zu begreifen, werden die Mauern um den regulierten Arbeitsmarkt immer höher, die "Grenz-Kontrollen" immer dichter - und das System immer löchriger. Die 'pauper', die 'labouring poor' sind heute fraglos diejenigen, die arbeiten können und arbeiten wollen, aber wegen systemimmanenter Grenzen von jeder Arbeit ferngehalten werden müssen. Gleichzeitig sind Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft zu einem grossen Markt zusammengewachsen: es wird geschätzt, dass dieser Markt in Deutschland über 17 Prozent des BIP erreicht (1975: 5,75 %); der Anteil der Schwarzarbeit beträgt annähernd 11 Prozent . Das wären bei einem BIP von 2.180 Mrd. € im Jahre 2004 370 Mrd. € insgesamt und 230 Mrd. € für Schwarzarbeit. Und das heisst: Arbeit ist in Hülle und Fülle vorhanden - volkswirtschaftlich gesehen herrscht in Deutschland Vollbeschäftigung. Gefördert werden von vornherein erfolglose Kontrollen (Erfolgsquote 1 : 1.000), gefördert werden Transferleistungen, gefördert wird nicht Arbeit. Im Gegenteil: Millionen von 'pauper' werden in sog. Weiterbildungsmassnahmen von einer nachweislich unsinnigen Qualifikationen in die nächste weitergereicht. Von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite gemeinsam betrieben, macht jeder dabei sein Geschäft. Hat sich daran seit der Reform der "Bundesanstalt" zur "Bundesagentur für Arbeit" etwas geändert? Denken Sie an die jüngsten Tarif-Verhandlungen in der Metallindustrie: statt die Chance zu nutzen, aus der Lohn-Preis-Spirale auszubrechen und neue Modelle der Entlohnung, der Teilhabe und der Mitverantwortung zu erproben, wieder

die übliche Lohnpolitik. Sie wird in der nächsten Baisse zu entsprechenden Entlassungen führen.

Finanzpolitik ohne Strukturpolitik ist die Devise: Sozialpolitik ist zur Transferpolitik verkommen. Als wesentlicher Hemmschuh erweist sich ein mentales Problem: Jeder weiss, dass es so nicht weitergeht. Angesichts notorischer, und wie ich meine: gezielter intellektueller Enthaltsamkeit der Akteure leuchtet nirgendwo eine gesellschaftliche Vision auf, die den verschiedenen Beteiligten eine Perspektive aufzeigt, für die es sich lohnt, das überkommene System substantiell zu reformieren. Wer das Soziale neu denkt, macht sich verdächtig oder wird belächelt.

4. Freiheit und Verantwortung in einem gemeinschaftlichen Leben: Einige Gedanken und Thesen, wie es weiter gehen könnte

Eine Gesellschaft, die zwar ihre Produktion, nicht aber ihre Reproduktion sicherstellt, bricht auf kurz oder lang zusammen. Um neue Produktionsformen durchzusetzen, muss das entsprechende Umfeld geschaffen werden - das "Soziale" ist also immer "neu zu denken": ***societas semper reformanda***. Deutschland befindet sich auf dem Weg in eine Weltgesellschaft. Die Wissens- und Informationsgesellschaft als materiale Basis des neuerlichen Globalisierungsschubes treibt sich scheinbar selbst voran. Auch die Innenwelt der Menschen ist zumindest in bestimmten Aspekten in einem raschen Veränderungsprozess begriffen: Mental leben wir bereits in einer globalen Welt. Globalisierung ist auch ein kultureller, ein kommunikativer, ein psychischer, ein mentaler Prozess.

Für das sozial und räumlich mobile Leben in einer globalen Wissens- und Informationsgesellschaft werden Freiheit und Selbstverantwortung zu elementaren Voraussetzungen. Freiheit von und Selbstverantwortung vor den entmündigenden Angeboten und Karrierevorgaben des Sozialstaats wird immer wieder als ein Heilmittel der "deutschen Krankheit" genannt. Dies ist zwar eine notwendige, dies ist aber keine hinreichende Perspektive. "Freiheit von" als Kritik des Sozialstaats greift zu kurz, "Selbstverantwortung" als Übernahme sozialstaatlicher Leistungen in Form der sog. "Selbstbeteiligung" greift ebenfalls zu kurz. Denn diese Diskussion findet auf der Basis des aktuellen, als obsolet ermittelten Systems statt. Die Frage muss

vielmehr lauten: **Wie muss das Soziale Deutschlands als Teil der globalen Wissensgesellschaft gedacht werden?** Statt "Freiheit von" den irreführenden Angeboten des Sozialstaats muss die Diskussion auf eine "Freiheit zu" einem Leben in einer globalen Wissens- und Informationsgesellschaft gerichtet werden.

Wie ist das Soziale freier und selbstverantwortlicher Menschen zu denken? Vorübergehende Hilfe in unverschuldeten Notlagen - gewiss! Qualifikatorische Angebote für diejenigen, die - aus welchen Gründen auch immer - nicht in den globalen Verkehr der Weltbürger hineinkommen - gewiss! Was aber sind die einigenden Ziele - Solidarität? Menschenrechte? Was sind die sozialisatorischen Mittel? Durch welche Institutionen, auf welcher gesellschaftlichen Ebene werden sie vermittelt? Familie? Gemeinde? Stadt? Wo liegt die Aufgabe der Universitäten - einer klassischen Gemeinschaft - , die zweifellos ihre klassischen Grenzen von Wissenschaft und Forschung überschreiten und in ihrem Umfeld als Teil der Wissens- und Informationsgesellschaft wirken müssen. Wie sind die - im Zuge der Internationalisierung fraglos nach geordneten - staatlichen und nationalen Vorgaben umzugestalten? Denn die Funktion des Staates ändert sich derzeit dramatisch: der Staat gibt im Zuge der Europäisierung nicht nur nationalstaatliche Aufgaben "nach oben" ab, sondern wird im Zuge einer offenen sozialen Politik gesellschaftsgestaltende Aufgaben "nach unten" abgeben müssen. Staatliches Handeln wird sich darauf beschränken, die Rahmenbedingungen zu setzen.

Die Vorgaben dieser neuen Welt weisen auf ein bestimmtes Menschenbild hin. Notwendige Merkmale von Menschen, die sich in einer globalen Wissensgesellschaft zurecht finden, sind eine Wissensbasis und kommunikative Fähigkeiten, die es erlauben, sich in weltweiter Orientierung den sich rasch wandelnden praktischen Erfordernissen ständig aufs Neue anpassen können. Damit gewinnt der Bereich der Ausbildung und der Bildung eine neue Bedeutung.

Und hier liegt ein besonderes Problem: Was hält eine Gesellschaft zusammen, deren freie und selbstverantwortliche Individuen über einen globalen Markt von Informationen miteinander verkehren? Selbstdefinierte Individuen können keine Gesellschaft, keine Gemeinschaft bilden. Genügt der Markt, Gesellschaft herzustellen - das ist seit Thomas Hobbes die klassische Frage bürgerlicher

Gesellschaftstheoretiker. Was sind die Ideale und Werte einer wissensbasierten Weltgesellschaft? Wie werden diese Grundwerte im Alltagsleben vermittelt, wie werden sie wirksam, wie werden sie kontrolliert? Freilich nicht durch entmündigende Sozialstaatsangebote, wohl aber durch elementare Sicherheiten, durch aktivierende Handlungsoptionen und durch offene Handlungsperspektiven. Die zentrale Frage ist also: Was hält eine Welt-Gesellschaft der "Freien" zusammen, die vornehmlich über Medien und Informationen miteinander verkehren?

An dieser Stelle gewinnen primäre Lebensgemeinschaft ihren bestimmten, als sinnstiftend wirksamen Ort. Dies gilt gleichermassen für die verschiedenen Stufen der Sozialisation - die keineswegs rational verläuft - , dies gilt ebenso für die Orientierung in einer weltweiten Kultur. Wer nicht weiss, wer er ist und wo er steht, kann nicht auf andere Menschen zugehen und mit ihnen tragende Verbindungen knüpfen. **Menschen, in Sonderheit junge Menschen, benötigen eine emotional getragene Biographie ohne elementare Brüche. Es gilt, den freien und selbstverantwortlichen Menschen in seinen Räumen gelebter Unmittelbarkeit neu zu entdecken.** Über die primären Lebensgemeinschaften und Familien hinaus sind dies etwa Städte, aber auch die klassische Gemeinschaft der Universität. Genau an dieser Stelle setzt das Konzept der 'CampusCultur' der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf ein.⁸

Nur wenn es uns gelingt, Freiheit und Selbstverantwortung mit dem Grundbedürfnis eines ebenso offenen wie tragenden Lebens zu gestalten, bietet sich ein Blick über die Mauern des überkommenen Sozialstaats hinaus. **Nur wenn es Orte unvermittelten Lebens gibt,** werden sich die Menschen in Deutschland bewegen. Und nur in dieser Perspektive werden die Probleme des "alten" Sozialstaats auf ihre tatsächliche Grösse schrumpfen. Und erst dann wird Strukturpolitik mit breiter Akzeptanz möglich sein.

Damit können die verschiedenen Gedanken in einigen Schlussfolgerungen zusammengefasst werden. Folgende **besonderen Konsequenzen** ergeben sich für "das Soziale" in Deutschland:

Das Definitionsmerkmal sozialer Sicherung ist jeder Bürger dieses Staates - und nicht ein Normal-Arbeitsverhältnis.

Jeder Bürger hat das Recht, sich aus eigener Arbeit zu ernähren. Arbeit ist zu ermöglichen. Arbeit ist von ihren sozialpolitischen Grenzen zu befreien, das Arbeitsrecht ist entschieden zu vereinfachen.

Jeder Bürger hat den Anspruch auf Ausbildung und Bildung - und zwar über sein gesamtes Leben hin.

Im Zentrum des Sozialen stehen die Orte der elementaren Reproduktion: Familie, primäre Lebensgemeinschaft. Dieser Bereich in mit Blick auf Kinder zu fördern.

Richtungsgebende Orte des Lebens sind Gemeinschaften - in erster Linie Gemeinden und Städte, dann auch andere Formen gemeinschaftlichen Lebens, darunter die Bildungsstätten vom Kindergarten über die Schulen bis hin zu den Universitäten.

Für **Kinder und Jugendliche** stellt sich aus dieser Analyse heraus die Situation deutlich dar:

Kinder und Jugendliche müssen in den entscheidenden Phasen ihres Lebens in besonderer Weise betreut werden. Neben der unmittelbaren leiblichen Betreuung gilt dies insbesondere für emotionale Sicherheit und Qualifikation.

Die jeder Erziehung und Ausbildung innewohnende Auswahl muss dazu genutzt werden, die besonderen Fähigkeiten jedes jungen Menschen zu finden und diese individuell zu fördern - dies bezieht sich keineswegs nur auf die kognitiven Fähigkeiten, sondern auch auf Fertigkeiten und Haltung.

Lebenswichtig ist emotionale Sicherheit - in Sonderheit in den lebensbestimmenden Passagezonen von Kindern und Jugendlichen. Dies gilt gleichermaßen für weibliche wie männliche Anteile der Sozialisation.

Feste Standpunkte sind die Voraussetzung, aufeinander zuzugehen. Feste Standpunkte in Fragen der Lebensorientierung müssen stets mit Kommunikation einher gehen.

Sämtliche Stätten der Ausbildung und Bildung haben die emotionale Seite ernst zu nehmen. Dies wirkt sich dort aus, wo Erziehung als gemeinschaftliche Aufgabe gesehen wird. Hier liegt eine besondere Aufgabe der Universitäten.

Anmerkungen

¹ Mein Dank für Diskussion und Kritik gilt wie stets dem Wissenschaftlichen Colloquium des Instituts für Geschichte der Medizin der Heinrich-Heine-Universität.

² Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.), Das Soziale neu denken. Für eine langfristig angelegte Reformpolitik (= Die deutschen Bischöfe. Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen, 28), (Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz) Bonn 2003

³ Kirchenamt der EKD, Evangelische Kirche in Deutschland, Maße des Menschlichen. Evangelische Perspektiven zur Bildung in der Wissens- und Lerngesellschaft. Eine Denkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, (Gütersloher Verl.-Haus) Gütersloh 2003

⁴ Vgl. hierzu die in den letzten Jahren erschienenen Bände der "Quellensammlung zur Geschichte der Deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914", begr. v. Peter RASSOW, im Auftrag der Historischen Kommission der Akademie der Wissenschaften und der Literatur hrsg. v. Karl Erich BORN, Hansjoachim HENNING und Florian TENNSTEDT, (Stuttgart u.a.) 1966ff. Zur Einführung s. die auf neuen Quellenforschungen beruhenden zusammenfassenden Beiträge von Florian TENNSTEDT, Heidi WINTER, "Der Staat hat wenig Liebe - activ wie passiv". Die Anfänge des Sozialstaats im Deutschen Reich von 1871. Ergebnisse archivalischer Forschungen zur Entstehung der gesetzlichen Unfallversicherung (= Teil 1), in: Zeitschrift für Sozialreform 39, 1993, 362-392; dies., "Jeder Tag hat seine eigenen Sorgen, und es ist nicht weise, die Sorgen der Zukunft freiwillig auf die Gegenwart zu übernehmen" (Bismarck). Die Anfänge des Sozialstaats im Deutschen Reich von 1871. Dozent Dr.sc. Heinz Domeinski zum Gedächtnis, in: Zeitschrift für Sozialreform 41, 1995, Nr. 10, 671-706; dies., "Nicht nur privat mit Dividende und Konkurs" Der deutsche Weg zum Sozialstaat - auch eine Folge von Bismarcks Ansichten über private Unfallversicherungsgesellschaften, in: Meinhard HEINZE, Jochen SCHMITT (Hrsg.), Festschrift für Wolfgang Gitter zum 65. Geburtstag, (Chmielorz) Wiesbaden 1995, 993-1004

⁵ Christoph SACHSSE, Der Wohlfahrtsstaat in historischer und vergleichender Perspektive, in: Geschichte und Gesellschaft 16, 1990, 479-490, 481

⁶ Wolfgang BERGER, Zur säkularen Expansion der Staatstätigkeit. Eine theoretische Untersuchung des Wagnerschen Gesetzes (= Schriften zur Nationalökonomie; 38), (Verl. PCO) Bayreuth 2002

⁷ Mitarbeiter der Denkschrift sind Warnfried Dettling, Franz-Xaver Kaufmann, Paul Kirchhof, Gerhard Kruip, Stefan Leibfried, Renate Müller, Michael Schramm, Heinrich M. Stindt, Hans Tietmeyer, Hans F. Zacher.

⁸ Vgl. Alfons LABISCH, Die "Idee der Universität" in unserer Zeit. Analysen und Konsequenzen, in: Der Rektor der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (Hrsg.), Jahrbuch der Heinrich-Heine-Universität 1994-1997, (SV HHU D) Düsseldorf 2004, 23-38, ausformuliert etwa in: "Zielvereinbarung II zwischen dem Ministerium für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen und der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf" vom 21. Febr. 2005, hier § 1.

Korrespondenzadresse

Alfons Labisch

Univ.-Prof. Dr.med. Dr.phil. M.A.(Soz.)
Rektor der Heinrich - Heine - Universität Düsseldorf
Tel: +49 - (0)211 - 81 10000 / Fax: +49 - (0)211 - 81 15193
Mail: rektor@uni-duesseldorf.de
WWW: <http://www.uni-duesseldorf.de>

Universitätsstrasse 1
D - 40225 Düsseldorf